

Lang/Wilms

Staatsrecht II

Grundrechte

SR

2., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan Koriath

Staatsrecht II

Grundrechte

begründet von

Prof. Heinrich Wilms

fortgeführt von

Professor Dr. jur. Heinrich Lang

Dipl. Sozialpäd. Greifswald

2., bearbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

2. Auflage 2020

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17- 023343-0

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-029921-4

epub: ISBN 978-3-17-029922-1

mobi: ISBN 978-3-17-029923-8

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Ziel der Studienreihe Rechtswissenschaften ist eine kompakte Wissensvermittlung der Rechtsgebiete, die Gegenstand der ersten juristischen Prüfung sind. Sie wendet sich in erster Linie an Studenten der Rechtswissenschaften, darüber hinaus aber auch an alle diejenigen, die einen Einstieg in für sie neue Lehrgebiete oder einfach nur einen Überblick über die jeweiligen Fächer erhalten wollen.

Obwohl dieser Band, ebenso wie der erste Teil, Staatsrecht I, nur als Grundriss konzipiert ist, besitzt er ein Druckvolumen von etwa 420 Seiten. Trotz des Umfangs ist es nicht möglich gewesen, wissenschaftliche Fragestellungen vertieft abzuhandeln. Die Darstellung orientiert sich daher vor allem an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die allerdings besonders im grundrechtlichen Bereich in den letzten 20 Jahren einen Umfang genommen hat, der ein geringeres Volumen nur mit substantiellen Abstrichen bei wesentlichen Entscheidungen gestattet hätte.

Für die Unterstützung bei der Herstellung des Manuskripts habe ich meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern, vor allem Dr. Marianne Wiedemann, Wirtschaftsjuristin Univ. Melanie Figge und Julia Bakeberg B.A. zu danken.

Friedrichshafen, im April 2010

Heinrich Wilms

Vorwort zur 2. Auflage

Neun Jahre sind seit der ersten Auflage vergangen. Dass ein so ungewöhnlich langer Zeitraum zwischen den beiden Auflagen verstrich, beruht in erster Linie darauf, dass der Autor der Erstauflage, mein Freund und Kollege Prof. Dr. Heinrich Wilms im Jahre 2011 und viel zu früh verstorben ist. Gerne habe ich das ehrenvolle Angebot angenommen, das Werk fortzuführen. Der Aufbau und das Konzept des Buches blieben unberührt. Natürlich sind nach so langer Zeit auch Änderungen und Akzentverschiebungen unvermeidlich. Sie sind da, wo sie zu Abweichungen zur Erstauflage führen im Geiste von Heinrich Wilms gehalten, der Wissenschaft stets auch im Sinne der Veränderung und der Neukonzeption verstanden hat.

Für allfällige Fehler oder Ungenauigkeiten übernehme selbstverständlich ich die volle Verantwortung.

Für die Unterstützung bei der Herstellung des Manuskripts habe ich zum einen meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern, allen voran Herrn Max Hügel und Herrn Martin Choinowski zu danken. Die Diskussion mit ihnen, ihre kritische Lektüre und die zahlreichen hilfreichen Anmerkungen bereiteten wissenschaftliche Freude und haben zum Gelingen des Werkes beigetragen. Dank schulde ich zum anderen auch den studentischen Mitarbeitern des Lehrstuhls für ihr ganz außergewöhnliches Engagement. Erwähnt seien hier vor allem Frau Ann-Sofie Kusch, Herr Antonio Chaves sowie Frau Charlotte Rieger.

Greifswald, im August 2019

Heinrich Lang

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 2. Auflage	VI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
Teil I: Grundrechte – Allgemeine Lehren	1
A. Geschichte und Begriff	1
§ 1 Der Begriff der Grundrechte	1
§ 2 Geschichte der Grundrechte	2
I. Ideengeschichtlicher Hintergrund der Grundrechte	3
II. Magna Charta und frühe Grundrechtsverbürgungen	5
III. Die Entwicklung in England	6
IV. Die Entwicklung in Nordamerika	7
V. Die Entwicklung in Frankreich	9
VI. Die Entwicklung in Deutschland	11
§ 3 Die Grundrechte im Grundgesetz	16
I. Grundrechte, grundrechtsgleiche und grundrechtsähnliche Rechte	17
II. Grundrechte und ergänzende Regelungen	17
B. Grundlagen: Allgemeine Grundrechtslehren	18
§ 4 Einteilung und Funktionen der Grundrechte	18
I. Funktionen der Grundrechte	18
1. Grundrechte als Abwehrrechte	18
2. Grundrechte als Elemente objektiver Wertordnung	19
3. Ausstrahlungswirkung der Grundrechte auf das einfache Recht	20
4. Schutzfunktion der Grundrechte	21
5. Grundrechte und Organisations-/Verfahrensrecht	25
6. Grundrechte als Leistungs- und Teilhaberechte	26
II. Grundrechtsarten	28
1. Freiheitsrechte	29
2. Gleichheitsrechte	29
3. Leistungsrechte	30
4. Prozessuale Grundrechte	30
5. Staatsbürgerliche Rechte	30
III. Objektive Grundrechtsfunktionen und subjektive Rechte	31
§ 5 Die Grundrechtsträger	31
I. Begriff und Bedeutung der Grundrechtsfähigkeit	31

Inhaltsverzeichnis

II.	Natürliche Personen als Grundrechtsträger	32
1.	Jedermann-Grundrechte und Deutschen-Grundrechte . .	33
2.	Beginn und Ende der Grundrechtsfähigkeit natürlicher Personen.	34
3.	Grundrechtsmündigkeit Minderjähriger	35
a)	Das Verhältnis des Minderjährigen zur Staatsgewalt	35
b)	Das Verhältnis des Minderjährigen zu seinen El- tern.	36
c)	Prozessfähigkeit des Minderjährigen im Verfas- sungsbeschwerdeverfahren	36
III.	Juristische Personen als Grundrechtsträger	37
1.	Juristische Personen des Privatrechts.	37
2.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	38
3.	Inländische juristische Personen.	39
4.	Anwendbarkeit der Grundrechte „dem Wesen nach“ . . .	40
IV.	Grundrechtsverwirkung	41
V.	Grundrechte im „besonderen Gewaltverhältnis“	42
§ 6	Die Grundrechtsadressaten	43
I.	Begriff und Bedeutung	44
II.	Die Grundrechtsbindung der Gesetzgebung.	44
III.	Die Grundrechtsbindung der vollziehenden Gewalt	45
1.	Kreis der als „vollziehende Gewalt“ Grundrechtsver- pflichteten	45
2.	Umfang der Grundrechtsbindung der vollziehenden Ge- walt	46
a)	Verwaltungsprivatrecht	46
b)	Hilfsgeschäfte der Verwaltung.	46
c)	Erwerbswirtschaftliche Tätigkeit	47
d)	Neuere Entwicklung	47
IV.	Die Grundrechtsbindung der Rechtsprechung	47
V.	Die Geltung der Grundrechte zwischen Privaten („mittel- bare Drittwirkung“)	48
VI.	Die deutschen Grundrechte und die supranationale Hoheits- gewalt der EU	50
1.	Europäisches Primärrecht.	51
2.	Europäisches Sekundärrecht.	51
3.	Verbleibende Kontrollvorbehalte und Reservefunktion des BVerfG	52
a)	im Wesentlichen vergleichbarer Grundrechtsschutz	52
b)	Ultra-Vires-Kontrolle.	53
c)	Identitätskontrolle	53
§ 7	Aufbau der Grundrechtsprüfung bei Verletzung eines Frei- heitsrechts	54
I.	Schutzbereich	55
1.	Persönlicher Schutzbereich	55
2.	Sachlicher Schutzbereich	55
3.	Begrenzungen des Schutzbereichs.	57

II.	Eingriff in den Schutzbereich	58
1.	Begriff	58
a)	Der „klassische“ Grundrechtseingriff	58
b)	Der erweiterte Eingriffsbegriff.	59
c)	Problemfelder und Operationalisierung	61
d)	Zusammenfassung zum Grundrechtseingriff	62
e)	Rechtsprechungsbeispiele	62
f)	Geringfügige Beeinträchtigungen	64
2.	„Grundrechtsverzicht“	64
a)	Allgemeines	64
b)	Dispositionsbefugnis des Grundrechtsberechtigten	65
c)	Wirksame Einwilligungserklärung	66
III.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in ein Grundrecht	66
1.	Überblick	66
2.	Verfassungsunmittelbare Schranken	68
3.	Einschränkungen kraft Gesetzesvorbehalts	68
a)	Allgemeines	68
b)	Wesentlichkeitstheorie; Parlamentsvorbehalt.	69
c)	Einfache Gesetzesvorbehalte	70
d)	Qualifizierte Gesetzesvorbehalte	70
4.	Einschränkungen kraft kollidierenden Verfassungsrechts (verfassungsimmanente Grundrechtsschranken).	71
5.	Anforderungen an grundrechtseinschränkende Gesetze (Schranken-Schranke)	74
a)	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	74
b)	Die Wesensgehaltsgarantie gemäß Art. 19 Abs. 2.	76
c)	Das Zitiergebot gemäß Art. 19 Abs. 1 S. 2	78
d)	Das Verbot des Einzelfallgesetzes gemäß Art. 19 Abs. 1 S. 1	79
e)	Bestimmtheitsgebot	80
IV.	Grundrechtskonkurrenzen	81
1.	Tatbestandsabgrenzung	81
2.	Unechte Grundrechtskonkurrenz	82
3.	Echte Grundrechtskonkurrenz	82
§ 8	Verhältnis zu anderen Grundrechtsgewährleistungen	82
I.	Die Grundrechte in den Landesverfassungen	82
II.	Die Grundrechte im Völkerrecht	84
III.	Die Grundrechte und das Recht der Europäischen Gemeinschaften.	87
Teil II:	Die einzelnen Grundrechte.	90
A.	Die Freiheitsrechte	90
§ 9	Der Schutz der Menschenwürde gemäß Art. 1 Abs. 1 als Leitprinzip der Verfassung.	90
I.	Überblick und Normstruktur	92
1.	Zur Bedeutung der Menschenwürde.	92

2.	Die Grundrechtsqualität der Menschenwürde	93
II.	Schutzbereich	95
1.	Der persönlicher Schutzbereich	95
2.	Der sachliche Schutzbereich	97
a)	Konturierungsprobleme	97
b)	Bereichsspezifische Ausprägungen und Verdichtungen	100
III.	Eingriffe	106
IV.	Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung	107
V.	Achtungs- und Schutzpflichten aus Art. 1 Abs. 1	108
§ 10	Die allgemeine Handlungsfreiheit gemäß Art. 2 Abs. 1	108
I.	Überblick und Normstruktur	109
II.	Schutzbereich	110
1.	Persönlicher Schutzbereich	110
2.	Sachlicher Schutzbereich	111
a)	Allgemeine Verhaltensfreiheit	111
b)	Wirkungen des weiten Schutzbereichsverständnisses	114
III.	Eingriffe	118
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	119
1.	Schrankentrias des Art. 2 Abs. 1	119
a)	Verfassungsmäßige Ordnung	119
b)	Rechte anderer	120
c)	Sittengesetz	120
2.	Schranken-Schranke	120
§ 11	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1	121
I.	Überblick und Normstruktur	122
II.	Schutzbereich	123
1.	Der persönliche Schutzbereich	123
2.	Der sachliche Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	124
a)	Deutungs- und Entwicklungsoffenheit	124
b)	Sphärenmodell	126
III.	Eingriffe	138
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	139
1.	Schranke	139
2.	Schranken-Schranke	139
§ 12	Der Schutz des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person gemäß Art. 2 Abs. 2, 104	141
I.	Überblick und Normstruktur	142
II.	Das Grundrecht auf Leben	143
1.	Schutzbereich	143
a)	Vorüberlegung und Grundaussagen	143
b)	Beginn des grundrechtlichen Lebensschutzes	144
c)	Ende des grundrechtlichen Lebensschutzes	145
d)	Negative Seite des Lebensgrundrechts	146

2.	Eingriffe	147
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	148
	a) Schranke	148
	b) Schranken-Schranke	148
III.	Das Grundrecht auf „körperliche Unversehrtheit“	150
1.	Schutzbereich	150
	a) Persönlicher Schutzbereich	150
	b) Sachlicher Schutzbereich	150
2.	Eingriffe	153
	a) Grundsätze	153
	b) Ärztliche Heilbehandlung	153
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	155
	a) Schranke	155
	b) Schranken-Schranke	155
IV.	Staatliche Schutzpflichten	156
V.	Die Freiheit der Person gemäß Art. 2 Abs. 2 S. 2	158
1.	Schutzbereich	158
	a) Persönlicher Schutzbereich	158
	b) Sachlicher Schutzbereich	159
2.	Eingriffe	159
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	160
	a) Schranke	160
	b) Beschränkungen der Freiheit gemäß Art. 104 Abs. 1 S. 1	161
	c) Besondere Anforderungen an Freiheitsentziehun- gen nach Art. 104 Abs. 2–4	161
	d) Schranken-Schranke	162
§ 13 Die Glaubens- und Gewissensfreiheit gemäß Art. 4		163
I.	Überblick und Normstruktur	163
1.	Art. 4 Abs. 1 und 2 als einheitliches Grundrecht	163
2.	Ergänzung des Art. 4 durch andere Vorschriften des Grundgesetzes	164
II.	Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit gemäß Art. 4 Abs. 1, Abs. 2	166
1.	Schutzbereich	168
	a) Persönlicher Schutzbereich	168
	b) Sachlicher Schutzbereich	170
2.	Eingriffe	177
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	179
	a) Zur Schrankenfrage bei Art. 4 Abs. 1, 2	179
	b) Gesetzesvorbehalt, Art. 136 Abs. 1 WRV	179
	c) Verfassungsimmanente Schranken	181
	d) Weitere Schrankenermächtigungen	183
III.	Das Grundrecht der Gewissensfreiheit	184
1.	Abgrenzung	184
2.	Schutzbereich	185
	a) Persönlicher Schutzbereich	185

	b) Sachlicher Schutzbereich	185
3.	Eingriffe	188
4.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	188
	a) Kein Gesetzesvorbehalt	188
	b) Schranken-Schranke	188
IV.	Das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung gemäß Art. 4 Abs. 3	188
	1. Überblick	189
	2. Schutzbereich	189
	a) Persönlicher Schutzbereich	189
	b) Sachlicher Schutzbereich	189
	3. Eingriffe	190
	4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	191
	5. Verpflichtung zur Leistung des Ersatzdienstes; Länge des Zivildienstes	191
§ 14 Die Freiheit der Meinung, der Information, der Presse, des Rundfunks und des Films gemäß Art. 5 Abs. 1		
I.	Überblick und Normstruktur	193
II.	Die Grundrechte des Art. 5 Abs. 1 im Einzelnen	194
	1. Die Freiheit der Meinungsäußerung, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1	194
	a) Überblick	194
	b) Schutzbereich	194
	2. Die Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 2	202
	a) Überblick	203
	b) Schutzbereich	203
	3. Die Pressefreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Hs. 1	205
	a) Überblick	206
	b) Schutzbereich	207
	4. Die Rundfunkfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Hs. 2	210
	a) Überblick	211
	b) Schutzbereich	212
	5. Die Filmfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Hs. 2	215
	a) Überblick	216
	b) Schutzbereich der Filmfreiheit	216
III.	Eingriffe in die Schutzbereiche der Kommunikationsfreiheiten	216
	1. Grundsätze	216
	2. Besonderheiten der einzelnen Freiheiten	217
	a) Eingriffe in die Meinungsfreiheit	217
	b) Eingriffe in die Informationsfreiheit	217
	c) Eingriffe in die Pressefreiheit	217
	d) Eingriffe in die Rundfunk- und Filmfreiheit	218
IV.	Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	218
	1. Der qualifizierte Gesetzesvorbehalt des Art. 5 Abs. 2	218
	a) Die Schranke der „allgemeinen Gesetze“	218

b)	Schutz der Jugend und Recht der persönlichen Ehre	220
2.	Wechselwirkungslehre	221
3.	Verfassungsimmanente Schranken	222
V.	Das Zensurverbot gemäß Art. 5 Abs. 1 S. 3.	222
§ 15	Die Freiheit der Kunst, der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre gemäß Art. 5 Abs. 3.	223
I.	Die Kunstfreiheit	224
1.	Überblick und Normstruktur.	224
2.	Schutzbereich	224
a)	Persönlicher Schutzbereich	224
b)	Sachlicher Schutzbereich	225
3.	Eingriffe	228
4.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	229
a)	Kein Gesetzesvorbehalt.	229
b)	Schranken-Schranke	230
5.	Objektiver Gehalt	230
II.	Die Wissenschaftsfreiheit	231
1.	Schutzbereich	232
a)	Persönlicher Schutzbereich	232
b)	Sachlicher Schutzbereich	232
2.	Eingriffe	235
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	235
a)	Kein Gesetzesvorbehalt.	235
b)	Schranken-Schranke	236
4.	Objektiver Gehalt	236
§ 16	Der Schutz von Ehe und Familie gemäß Art. 6	237
I.	Überblick und Normstruktur	239
1.	Abwehrrechte	240
2.	Gleichheitsrechte.	240
3.	Schutzrechte	240
4.	Leistungsrechte	241
5.	Objektiv-rechtlicher Gehalt	241
II.	Der Schutz der Ehe, Art. 6 Abs. 1	242
1.	Schutzbereich	242
a)	Persönlicher Schutzbereich	242
b)	Sachlicher Schutzbereich	243
c)	Geschütztes Verhalten.	245
2.	Eingriffe	246
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	247
a)	Kein Gesetzesvorbehalt.	247
b)	Schranken-Schranke	248
III.	Der Schutz der Familie, Art. 6 Abs. 1.	248
1.	Schutzbereich	248
a)	Persönlicher Schutzbereich	248
b)	Sachlicher Schutzbereich	248
2.	Eingriffe	249

3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	249
a)	Kein Gesetzesvorbehalt.	249
b)	Schranken-Schranke	249
IV.	Das Elternrecht, Art. 6 Abs. 2 und Abs. 3	249
1.	Schutzbereich	249
2.	Eingriffe.	250
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	251
a)	Qualifizierter Gesetzesvorbehalt	251
b)	Schranken-Schranke	252
§ 17	Die Versammlungsfreiheit gemäß Art. 8	252
I.	Überblick und Normstruktur	253
II.	Der Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	254
1.	Persönlicher Schutzbereich	254
2.	Sachlicher Schutzbereich	255
a)	Leitbegriff der Versammlung	255
b)	Geschütztes Verhalten.	258
3.	Beschränkungen des Schutzbereichs	260
a)	Friedlichkeit	260
b)	Waffenlosigkeit	262
III.	Eingriffe	262
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Einschränkungen der Versammlungsfreiheit	263
1.	Abgrenzung von Versammlungen unter freiem Himmel und sonstigen Versammlungen.	263
2.	Schranke bei Versammlungen unter freiem Himmel . . .	264
3.	Schranke bei Versammlungen in geschlossenen Räu- men	266
4.	Schranken-Schranke	266
§ 18	Die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9	267
I.	Überblick und Normstruktur	268
II.	Die Vereinigungsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 1	270
1.	Der Schutzbereich.	270
a)	Persönlicher Schutzbereich	270
b)	Sachlicher Schutzbereich	271
2.	Eingriffe.	274
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	275
a)	Bei Vereinsverböten	275
b)	Bei sonstigen Eingriffen	277
c)	Schranken-Schranken	278
III.	Die Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3	278
1.	Schutzbereich	278
a)	Persönlicher Schutzbereich	278
b)	Der sachliche Schutzbereich der Koalitionsfreiheit .	279
2.	Eingriffe.	282
3.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	284
a)	Vorbehaltlos gewährtes Grundrecht.	284

b)	Anforderungen an Beschränkungen (Schranken-Schranke)	285
§ 19 Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis gemäß Art. 10		285
I.	Überblick und Normstruktur	286
II.	Schutzbereich	287
1.	Persönlicher Schutzbereich	287
2.	Sachlicher Schutzbereich	288
a)	Das Briefgeheimnis	288
b)	Das Postgeheimnis	288
c)	Das Fernmeldegeheimnis	289
d)	Abgrenzungsprobleme:	290
III.	Eingriffe	290
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	291
1.	Schranke.	291
a)	Der einfache Gesetzesvorbehalt des Art. 10 Abs. 2 S. 1	291
b)	Die besonderen Eingriffsbefugnisse des Art. 10 Abs. 2 S. 2	292
2.	Schranken-Schranke	292
§ 20 Die Freizügigkeit gemäß Art. 11.		292
I.	Schutzbereich und Normstruktur	293
II.	Schutzbereich	293
1.	Persönlicher Schutzbereich	293
2.	Sachlicher Schutzbereich	294
III.	Eingriffe	295
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	296
1.	Schranke.	296
2.	Schranken-Schranke	297
§ 21 Die Berufsfreiheit gemäß Art. 12		297
I.	Überblick und Normstruktur	299
II.	Schutzbereich	302
1.	Persönlicher Schutzbereich	302
2.	Sachlicher Schutzbereich	303
III.	Eingriffe	305
1.	Problemstellung	305
2.	Klassische Eingriffe	305
3.	Regelungen mit objektiv berufsregelnder Tendenz.	306
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	308
1.	Schranke: Regelungsvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 S. 2.	308
2.	Schranken-Schranke: Die Drei-Stufen-Theorie	309
a)	Überblick	309
b)	Anforderungen an Berufsausübungsregelungen (1. Stufe)	310
c)	Anforderungen an subjektive Zulassungsvoraussetzungen (2. Stufe)	310
d)	Anforderungen an objektive Berufswahlregelungen (3. Stufe)	311

e)	Bestimmung der Eingriffsstufe; Abgrenzungsschwierigkeiten	312
V.	Verhältnis zu anderen Grundrechten	313
VI.	Arbeitszwang und Zwangsarbeit, Art. 12 Abs. 2 und 3	314
1.	Überblick und Normstruktur	314
2.	Arbeitszwang	314
3.	Zwangsarbeit	316
§ 22	Die Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Art. 13	316
I.	Überblick und Normstruktur	317
II.	Schutzbereich	318
1.	Persönlicher Schutzbereich	318
2.	Sachlicher Schutzbereich	319
a)	Wohnung	319
b)	Ein- und Abgrenzungen	319
III.	Eingriffe	321
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	322
1.	Eingriffsvarianten und Schrankenforderungen	322
a)	Durchsuchungen nach Abs. 2	323
b)	Maßnahmen technischer Überwachung nach Abs. 3–6	325
c)	Sonstige Eingriffe und Beschränkungen nach Abs. 7	326
d)	Betretungs- und Besichtigungsrechte für Betriebs- und Geschäftsräume	326
2.	Schranken-Schranke	327
§ 23	Der Schutz des Eigentums gemäß Art. 14	327
I.	Überblick und Normstruktur	329
II.	Schutzbereich	331
1.	Persönlicher Schutzbereich	331
2.	Sachlicher Schutzbereich	332
a)	Schutzdimensionen	332
b)	Abgrenzungen	337
III.	Eingriffe	339
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	340
1.	Trennungsgrundsatz	340
a)	Die Enteignung, Art. 14 Abs. 3	340
b)	Die Inhalts- und Schrankenbestimmung, Art. 14 Abs. 1 S. 2	342
c)	Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmung und Enteignung	343
2.	Rechtmäßigkeitsprüfung bei Enteignungen	345
a)	Qualifizierter Gesetzesvorbehalt	345
b)	Gemeinwohlzweck	345
c)	Junktimklausel	345
d)	Keine Entschädigung unmittelbar aus Art. 14 (analog)	346
3.	Rechtmäßigkeitsprüfung bei Inhalts- und Schrankenbestimmungen	347

a)	Überblick	347
b)	Die Rechtfertigungsprüfung im Einzelnen	348
4.	Rechtmäßigkeitsprüfung bei Sozialisierungen, Art. 15	350
V.	Gewährleistung des Erbrechts	350
B.	Die Gleichheitsrechte	350
§ 24	Vorbemerkung	350
§ 25	Der allgemeine Gleichheitssatz	352
I.	Maßstab und Aufbau	353
II.	Grundrechtsträger	354
III.	Ungleichbehandlung	354
IV.	Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	355
1.	Willkürverbot	355
2.	Neue Formel	356
3.	Gleitender Maßstab und Operationalisierung über Fallgruppen	357
V.	Die Bindung der Exekutive an Art. 3 Abs. 1	358
VI.	Die Bindung der Judikative an Art. 3 Abs. 1	359
VII.	Die Bindung der Legislative an Art. 3 Abs. 1	361
§ 26	Die besonderen Gleichheitssätze	361
I.	Die besonderen Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 3 S. 1	362
II.	Die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 S. 1	364
III.	Das Verbot der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen, Art. 3 Abs. 3 S. 2	366
§ 27	Die Rechtsfolgen von Gleichheitsverstößen	369
C.	Die prozessualen Rechte	370
§ 28	Die Rechtsschutzgarantie gemäß Art. 19 Abs. 4	370
I.	Überblick und Normstruktur	371
II.	Ausübung öffentlicher Gewalt	372
III.	Mögliche Rechtsverletzung	373
IV.	Rechtsweg	374
V.	Effektivität des Rechtsschutzes	374
§ 29	Das Recht auf den gesetzlichen Richter gemäß Art. 101 Abs. 1 S. 2	375
I.	Überblick und Normstruktur	376
II.	Tatbestandliche Voraussetzungen	377
1.	Berechtigung	377
2.	Inhalt	377
III.	Eingriffe	378
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	378
§ 30	Der Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß Art. 103 Abs. 1	379
I.	Überblick und Normstruktur	379
II.	Tatbestandliche Voraussetzungen	379
1.	Berechtigung	379
2.	Inhaltliche Anforderungen	380
III.	Eingriffe	382
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	382

§ 31 Der Grundsatz „nulla poena sine lege“ gemäß Art. 103 Abs. 2.	382
I. Überblick und Normstruktur	383
II. Tatbestandliche Gewährleistungen	383
1. Das Gesetzlichkeitsprinzip	383
2. Das Bestimmtheitsgebot	384
3. Das Analogieverbot	384
4. Rückwirkungsverbot	384
§ 32 Der Grundsatz „ne bis in idem“ gemäß Art. 103 Abs. 3	385
D. Grundrechte im Verfassungsprozess	386
§ 33 Die Verfassungsbeschwerde	386
I. Allgemeines	387
II. Die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	388
1. Beteiligtenfähigkeit	388
2. Beschwerdegegenstand	389
3. Beschwerdebefugnis	390
a) Möglichkeit der Rechtsverletzung	390
b) Selbst, gegenwärtig, unmittelbar	390
4. Rechtswegerschöpfung	392
5. Subsidiarität	394
6. Beschwerdefrist	394
7. Ordnungsgemäßer Antrag	395
8. Prozessfähigkeit	395
9. Beschwerdehindernis der Rechtskraft	395
10. Rechtsschutzbedürfnis	395
III. Die Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	396
1. Überblick	396
2. Umfassender grundrechtlicher Prüfungsmaßstab des BVerfG	396
3. Verstoß gegen sonstiges Verfassungsrecht	397
IV. Sonderfall Urteilsverfassungsbeschwerde	397
1. Typische Fragestellungen im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeit von Urteilsverfassungsbeschwerden	398
a) Beschwerdegegenstand	398
b) Gerügte Grundrechtsverletzung	398
c) Prüfung der Beschwerdebefugnis	398
2. Typische Probleme in Urteilsverfassungsbeschwerdeverfahren	399
a) Prüfungsmaßstab in Urteilsverfassungsbeschwerdeverfahren	400
b) Weiterer Aufbau	401
§ 34 Die einstweilige Anordnung im Verfassungsbeschwerdeverfahren	401
§ 35 Weitere Verfahrensarten	402
Teil III: Übersichten – Schemata – Definitionen	404
A. Übersichten	404
Übersicht 1: Grundrechte	404

Übersicht 2: Grundrechtsgleiche Rechte	405
Übersicht 3: Grundrechtsähnliche Rechte	405
Übersicht 4: Grundrechte mit einfachem Gesetzesvorbehalt	405
Übersicht 5: Grundrechte mit qualifiziertem Gesetzesvorbehalt	405
Übersicht 6: Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt	406
Übersicht 7: Arten von Grundrechten	406
Übersicht 8: Funktionen von Grundrechten	407
Übersicht 9: Jedermann-Grundrechte und Deutschengrundrechte	409
Übersicht 10: Natürliche Personen als Grundrechtsträger	410
Übersicht 11: Juristische Personen als Grundrechtsträger	411
Übersicht 12: Grundrechtsadressaten	412
B. Schemata	413
Schema 1: Prüfungsaufbau bei Verletzung eines Freiheitsrechts	413
Schema 2: Prüfungsaufbau bei Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes	414
Schema 3: Besondere Gleichheitssätze	416
Schema 4: Prüfungsaufbau der Verfassungsbeschwerde	416
C. Problemkreise	421
1. Schutzbereich	421
2. Eingriff	421
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	422
4. Konkurrenz und Kollision von Grundrechten	423
5. Drittwirkung von Grundrechten	424
6. Begriff der Menschenwürde	424
7. Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	425
8. Schutzbereich der allgemeinen Handlungsfreiheit	426
9. Schranken der allgemeinen Handlungsfreiheit	427
10. Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes	427
11. Begriff der Meinung	428
12. Allgemeine Gesetze i. S. d. Art. 5 Abs. 2.	429
13. Schutzbereich der Kunstfreiheit	429
14. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	430
15. Schutz von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen	431
D. Theorien	433
Sphärentheorie	433
Überlagerungstheorie	433
Wechselwirkungslehre	434
Drei-Stufen-Theorie	434
E. Definitionskalender	436
F. Leitentscheidungen	462
1. Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (nach Stichworten geordnet)	462
2. Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (nach Register geordnet)	467
Sachverzeichnis	473

Abkürzungsverzeichnis

A. A.; a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung(en)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungssammlung des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
Bay., bay.	Bayern, bayerisch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
Bd.	Band
ber.	berichtigt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfG-K	Bundesverfassungsgericht, Entscheidung durch Kammer
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
d. h.	das heißt

Abkürzungsverzeichnis

dies.	dieselbe(n)
diff.	differenzierend
Dok.	Dokument(e)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
einschl.	einschließlich
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte
ESVGH	Entscheidungssammlung des HessVGH und des VGH BW
etc.	et cetera
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
ev.	eventuell
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GBI.	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
grds.	grundsätzlich
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
h. M.	herrschende(r) Meinung
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem Sinne
i. e. S.	im engeren Sinn
insb.	insbesondere
i. S. d.	im Sinne der/des
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinn
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)

krit.	kritisch
lit.	litera
Lit.	Literatur
MDR	Monatsschrift des deutschen Rechts (Zeitschrift)
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
Parl. Rat	Parlamentarischer Rat
Plenarprot.	Plenarprotokoll
Prot.	Protokoll
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RVO	Rechtsverordnung
S.	Satz; Seite
s.	siehe
Slg.	Entscheidungen des EuGH, amtliche Sammlung
s. o.	siehe oben
sog.	so genannt(e/er/es)
Sp.	Spalte
ständ.	ständig(e/er/es)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
s. u.	siehe unten
u.	und
u. a.	und andere; unter anderem
unstr.	unstreitig
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	von, vom
v. a.	vor allem
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
Verf.	Verfasser
VereinsG	Vereinsgesetz
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch.	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
ZfmE	Zeitschrift für medizinische Ethik
Ziff.	Ziffer(n)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Literaturverzeichnis

- AK-GG*, Denninger/Hoffmann-Riem/Schneider/Stein, Alternativkommentar zum Grundgesetz, 3. Aufl., München 2001
- BeckOK Ausländerrecht*, Kluth/Heusch (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Ausländerrecht, Stand: 22. Edition, München, 1.5.2019
- BeckOK BGB*, Bamberger/Roth/Hau/Poseck (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Stand: 50. Edition, München, 1.5.2019
- BeckOK BVerfGG*, Walter/Grünewald (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Stand: 7. Edition, München, 1.6.2019
- BeckOK GG*, Epping/Hillgruber (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zum Grundgesetz, Stand: 41. Edition, München, 15.5.2019
- Bleckmann*, Staatsrecht – Die Grundrechte, 3. Aufl., Köln 1989
- Bonner Kommentar*, Kahl/Waldhoff/Walter (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, Stand: 198. Ergänzungslieferung, München 2019
- Callies/Ruffert*, EUV/AEUV Kommentar, 5. Aufl., München 2016
- Degenhart*, Staatsrecht I, Staatsorganisationsrecht, 34. Aufl., Heidelberg 2018
- Dietlein*, Examinatorium Staatsrecht, 2. Aufl., Köln 2005
- Dreier*, Grundgesetz, Kommentar, 3 Bände, 3. Aufl., Tübingen 203
- Enneccerus/Nipperdey*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts 1. Band, 1. Halbband, 14. Aufl., Marburg 1952
- Epping*, Grundrechte, 8. Aufl., Heidelberg 2019
- ErfK*, Müller-Glöge/Preis/Schmidt, (Hrsg.), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 19. Aufl., München 2019
- Friauf/Höfiling*, Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattsammlung, Berlin, Stand: 2019
- Gersdorf/Paal*, Beck'scher Online-Kommentar zum Informations- und Medienrecht, Stand 24. Edition, München, 1.5.2019
- Gola/Schomerus*, Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, 12. Aufl., München 2015
- Grabitz/Hilf/Nettesheim*, Das Recht der Europäischen Union, Stand: 67. Ergänzungslieferung, München 2019
- Hailbronner*, Asyl- und Ausländerrecht, 4. Aufl., Stuttgart 2016
- HStR*, Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 13 Bände, 3. Aufl., Heidelberg 2003–2009
- HGR*, Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, 12 Bände, Heidelberg 2003
- Herdegen*, *Europarecht*, 20. Aufl., München 2018
- Herdegen*, *Völkerrecht*, 18. Aufl., München 2019
- Hillgruber/Goos*, Verfassungsprozessrecht, 4. Aufl., Heidelberg 2015
- Hömig/Wolff*, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 12. Aufl., Baden-Baden 2018
- Hufen*, Staatsrecht II, Grundrechte, 7. Aufl., München 2018
- Ipsen*, Staatsrecht II, Grundrechte, 21. Aufl., München 2018
- Jarass/Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 15. Aufl., München 2018
- Katz*, Staatsrecht, 18. Aufl., Heidelberg 2010
- Kriele*, Einführung in die Staatslehre, 6. Aufl., Stuttgart 2003

Literaturverzeichnis

- Kopp/Ramsauer*, Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, 19. Auflage, München 2018
Korioth, Staatsrecht I, 4. Aufl., Stuttgart 2018
Kingreen/Poscher, Grundrechte – Staatsrecht II, 34. Aufl., Heidelberg 2018
Manssen, Staatsrecht II – Grundrechte, 16. Aufl., München 2019
Maunz/Dürig, Grundgesetz, Kommentar, Loseblattsammlung, 6 Bände, Stand: 86. Ergänzungslieferung, München 2019
Maunz/Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, Kommentar zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Stand: 56. Ergänzungslieferung, München, 02/2019
Maurer, Staatsrecht I, 6. Aufl., München 2010
Michael/Morlok, Grundrechte, 6. Aufl., Baden-Baden 2017
NK-GA, Boecken/Düwell/Diller/Hanau (Hrsg.), Gesamtes Arbeitsrecht, Kommentar, 3 Bände, Baden-Baden 2016
Oppermann/Classen/Nettesheim, Europarecht, 8. Aufl., München 2018
Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 6. Aufl., München 2012
Sachs, GG, Grundgesetz-Kommentar, 8. Aufl., München 2018
Sachs, Verfassungsrecht II, Verfassungsrecht II, Grundrechte, 3. Aufl., Berlin 2017
Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, Kommentar zum Grundgesetz, 14. Aufl, Köln 2017
Schoch/Schneider/Bier, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, Loseblatt, Stand: 36. Ergänzungslieferung, München 2019
Schwarze/Becker/Hatje/Schoo, EU-Kommentar, 4. Aufl., München 2019
Sodan/Ziekow, Verwaltungsgerichtsordnung, Großkommentar, 5. Aufl., Baden-Baden 2018
Stein/Frank, Staatsrecht, 21. Aufl., Tübingen 2010
Stein/v. Buttlar/Kotzur, Völkerrecht, 14. Auflage, München 2017
Stern, StaatsR, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bände, 3. Aufl., München 1984–2006
Stern/Becker, Grundrechte-Kommentar, 3. Aufl., Köln 2018
Streinz, EUV/AEUV, Kommentar, 3. Aufl., München 2018
Streinz, Europarecht, 10. Aufl., München 2016
Streinz/Obler/Herrmann, Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, 3. Aufl. München 2010
Studkomm., GG, Gröpl/Windhorst/v. Coelln, Studienkommentar zum Grundgesetz, 3. Aufl., München 2017
Umbach/Clemens, Grundgesetz, Kommentar, 2 Bände, München 2002
v. Mangoldt/Klein/Starck, Kommentar zum Grundgesetz, 3 Bände, 7. Aufl., München 2018
v. Münch/Kunig, Grundgesetz-Kommentar, 3 Bände, 6. Aufl., München 2012
Zippelius/Würtenberger, Deutsches Staatsrecht, 33. Aufl., München 2018

Teil I: Grundrechte – Allgemeine Lehren

A. Geschichte und Begriff

§ 1 Der Begriff der Grundrechte

Unter *Grundrechten* sind diejenigen Rechte des Einzelnen zu verstehen, die ihm – 1
in der Regel durch die Verfassung – als *Elementarrechte* gegenüber dem Staat verbürgt werden.¹

Eine wesentliche Funktion der Verfassung liegt in der Begrenzung staatlicher Herrschaftsgewalt.² Diese Begrenzung hat zwei Komponenten: Sie regelt zunächst, in welcher Form diese Herrschaftsgewalt agiert und wie sie sich organisiert, d. h. letztlich, wie sich der staatliche Wille bildet und wie er ausgeübt wird. Dieser Teil des Verfassungsrechts findet sich im Staatsorganisationsrecht. Die andere Begrenzung staatlicher Herrschaftsgewalt ergibt sich aus dem rechtlichen Status der Gewaltunterworfenen. Da die Bildung der staatlichen Gewalt und damit auch die Unterwerfung unter diese Gewalt ein Produkt der Volkssouveränität ist, muss diese Volkssouveränität auch in Gestalt jedes einzelnen Mitgliedes der Volksgemeinschaft dieser Herrschaftsgewalt Grenzen auferlegen. Diese Grenzen formuliert das Grundgesetz in den Grundrechten.

Die Grundrechte sind damit die äußerste Grenze der staatlichen Herrschaftsgewalt im Hinblick auf die ihr unterworfenen Rechtssubjekte.

Neben dieser allgemeinen Definition wird der Begriff der Grundrechte in der deutschen Rechtswissenschaft auch enger verstanden: Danach sind Grundrechte diejenigen Rechte, die dem Einzelnen in Art. 1 bis 19 GG gewährt werden.³

Ihrer Rechtsnatur nach sind die Grundrechte *subjektiv-öffentliche* Rechte. Unter einem *subjektiven Recht* ist ein Recht zu verstehen, das dem Einzelnen die Rechtsmacht verleiht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu fordern.⁴ Bei den Grundrechten handelt es sich um subjektiv-öffentliche Rechte, die *die Staatsgewalt beschränken* und die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern regeln.⁵ Sie sind darauf ausgelegt, dass die von ihnen bezweckten günstigen Wirkungen für den Betroffenen auch *gerichtlich durchsetzbar* sind.⁶

1 Ähnlich *Creifelds*, Rechtswörterbuch, 22. Aufl. München 2017; ähnlich *Stern*, in: HGR I, § 1 Rn. 51, grundlegende konstitutionelle Rechte als Freiheits-, Gleichheits-, politische Rechte und justizielle Garantien.

2 Dazu und zu weiteren Funktionen der Verfassung *Lang*, in: HStR, XII, § 266 Rn. 5 ff.

3 Dazu ausführlich Rn. 65.

4 Vgl. *Maurer*, Staatsrecht, § 9 Rn. 17; s. a. § 194 BGB.

5 Vgl. *Ipsen*, Staatsrecht II, Rn. 54 ff. und *Maurer*, Staatsrecht, § 9 Rn. 17.

6 Vgl. *Sachs*, Verfassungsrecht II, Teil I, Kap. 4 Rn. 11.

Bsp.: Art. 8 Abs. 1 gewährleistet ein subjektives Recht. Wird durch staatliches Handeln eine Versammlung gestört, können die Betroffenen gerichtlich dagegen vorgehen und sich auf Art. 8 Abs. 1 berufen.

Art. 20a enthält dagegen kein subjektives (Grund-)Recht: Gegen staatliche Maßnahmen, die zu Umweltverschmutzung oder Tiersterben führen, kann ein Bürger nicht allein unter Berufung auf Art. 20a gerichtlich vorgehen.

§ 2 Geschichte der Grundrechte

- 5 Die modernen Verfassungsstaaten setzen Grundrechte als selbstverständlich voraus.

Es ist jedoch ein langer, mühevoller Bewusstwerdungsprozess gewesen, der zu der Erkenntnis der Unverzichtbarkeit von Grundrechten in Staatsverfassungen geführt hat. Selbst die Schweiz, die eine herausragende Rolle im geschichtlichen Prozess der Entwicklung der Verfassungsstaaten gespielt hat, hat umfassende Grundrechte in ihrer Bundesverfassung erst 1999 geregelt.

Die Unverzichtbarkeit von Grundrechtskatalogen in Staatsverfassungen hat sich im Grunde erst nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt.

Der geschichtliche Prozess der Erkenntnis der Notwendigkeit von Grundrechten ist zudem nicht geradlinig verlaufen, sondern, im Gegenteil, von vielen Rückschritten begleitet gewesen, wie die Geschehnisse in der nationalsozialistischen Diktatur zeigen.

Ausgehend von dem rein zeitlichen Entwicklungsprozess entstanden Regelungen zur Staatsorganisation stets vor der Gewährleistung verfassungsrechtlicher Grundrechte. So akzeptierte das antike Griechenland – das Land, aus dem der Begriff der Demokratie stammt – die Sklaverei, ebenso die Vereinigten Staaten von Amerika bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Erst die Auseinandersetzung mit dem offenkundigen Widerspruch, der in der Entrechtung eines erheblichen Teiles des Volkes gesehen werden musste, hat grundrechtliche Garantien neben den staatsorganisationsrechtlichen Regelungen etablieren können. Aber auch die äußeren Existenzbedingungen der Staaten waren mitursächlich für die unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeit von Staatsorganisationsrecht und Grundrechten. Angesichts der unzähligen Kriege und der mit diesen notwendig verbundenen Sicherung des Überlebens der Staatsorganisation war offenkundig die Sicherung der organisatorischen Gewalt wichtiger als die Etablierung von Individualrechten. Schließlich spielte die geänderte Position des Individuums, die mit der Säkularisierung und der Aufklärung einherging, eine wichtige Rolle für die Gewichtsverlagerung der rechtlichen Positionen innerhalb der Staaten vom Staatsorganisationsrecht zu den Grundrechten.

- 6 *Menschenrechte als positiv-rechtliche Gewährleistungen der Freiheit des Individuums* haben sich unter dem Einfluss des späten Naturrechts in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausgebildet.
- 7 Der Begriff der „*Grundrechte*“ ist ein typisch deutscher Begriff, der zum ersten Mal in der Paulskirchenverfassung von 1848 formuliert wurde.¹ Mit dem Begriff sollte

¹ Zur Vorbildfunktion des Grundrechtskatalogs der Paulskirchenverfassung vgl. nur *Kühne*, Die Reichsverfassung der Paulskirche, 2. Aufl. 1998, S. 159 ff.

verdeutlicht werden, dass es sich bei diesen Rechten um die fundamentalen Positionen handelt, auf denen die Verfassung aufbaut.²

In vielen Verfassungen wird zwischen „Menschenrechten“ und „Bürgerrechten“ unterschieden. Im Allgemeinen will man damit zum Ausdruck bringen, dass Menschenrechte allen Menschen zustehen, Bürgerrechte aber nur den Mitgliedern des jeweiligen Staatsverbandes.

Die geschichtlichen Ursprünge heutiger Grundrechte reichen weit zurück, wobei man zwischen ideengeschichtlicher Tradition und verfassungsrechtlichen Verbürgungen unterscheiden muss. Vielfach gab es nämlich grundrechtliche Positionen, die nicht in Verfassungen niedergelegt, sondern bloß einfachgesetzlich formuliert waren oder auch nur auf bloßer Tradition beruhten.

I. Ideengeschichtlicher Hintergrund der Grundrechte

Grundrechtsgedanken gab es bereits in der antiken Philosophie. Bei *Aristoteles* und *Platon* finden sich Begriff und Idee der Freiheit.³ Diese Freiheit war allerdings nicht universalistisch gedacht und ging auch nicht von einer Idee der Gleichheit der Menschen aus. Dies zeigt die Tatsache, dass auch im griechischen Staatsideal eine grundsätzliche Akzeptanz von Sklaven, also Rechtlosen, nicht in Frage gestellt wurde.

Bei den *Stoikern* finden sich ethisch und philosophisch begründete, den Menschen angeborene Rechte, wie etwa die Lehre von der Gleichheit der Menschen.⁴

Die antiken philosophischen Ansätze führten jedoch zu keinen Veränderungen in der politischen und ökonomischen Ordnung, geschweige denn zu einer Anerkennung von Grundrechten.

Dem *frühchristlichen Mittelalter* entstammt die Vorstellung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Aus dieser wird die Freiheit und Gleichheit aller Menschen abgeleitet. Dennoch wurde der weitere Schritt von der Gleichheit vor Gott zur Anerkennung von Freiheit und Gleichheit aller Menschen – in Form eines unantastbaren Menschenrechts – nicht vollzogen.⁵

Das *Hochmittelalter* war durch die Auseinandersetzung zwischen den zwei Gewalten, der geistlichen und weltlichen Macht, geprägt. Dieser Dualismus führte zur *Entwicklung von Theorien zur Beschränkung der Herrschaftsgewalt*. So wurde zum Beispiel ein Widerstandsrecht der Untertanen gegen Willkür des Herrschers anerkannt.

Nach *Thomas von Aquin* war es die Pflicht des Herrschers, der Beauftragter Gottes auf Erden war, nicht gegen die *dignitas humana* zu handeln, zu der Leben, Freiheit und Eigentum des Menschen gehörten. Falls er dies dennoch tat, durfte man ihm den Gehorsam verweigern und Widerstand leisten.⁶

Diese Gedanken der Begrenzung der Herrschermacht wirkten im *Vernunft- und Naturrechtsgedanken des Spätmittelalters* fort.

2 Sutter, Die Entwicklung der Grundrechte: ein Forschungsbeitrag zum Schutz der Persönlichkeit im Mittelalter als Baustein zu einer Geschichte der Grundrechte in Österreich, 1982, S. 106.

3 Vgl. im Einzelnen F. Berber, Das Staatsideal im Wandel der Weltgeschichte, 2. Aufl. 1978, S. 88 ff.

4 Vgl. Oestreich, Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Umriss, 2. Aufl. 1978, S. 16 f.

5 Vgl. Oestreich, Geschichte der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Umriss, 2. Aufl. 1978, S. 15 ff.

6 Vgl. Stern, Staatsrecht III/1, § 59, S. 59 ff.